

NEUES . aus Berlin

AUSGABE 1/2010
APRIL 2010

Inhalt dieser Ausgabe	Seite
Die Krise als Ausrede Union und FDP besiedeln höchste Neuverschuldung	1
Ankündigung – Sprung – Bettvorleger Kopfprämien-Modell von Schwarz-Gelb ist nicht finanzierbar	2
Die „politisch-moralische Wende“ der Bundesregierung Manche lernen es nie...	3
Editorial – ein Gespräch mit Prof. Dr. M. Rainer Lepsius	5

Herausgeber
Lothar Binding, MdB

Redaktion
Sina Karima El-Bosely
Dietmar Erdmeier
Dr. Adalbert Knapp
Susanne Weber
Marco Winteroll

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44
Fax: 030 / 2 27-7 64 35
lothar.binding@bundestag.de
www.lothar-binding.de

Heidelberg/Weinheim
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28
Fax: 0 62 21 / 61 60 40



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
in dieser neuen Ausgabe meines Newsletters gibt es wieder viel Informelles, Hintergründiges, Wissenswertes... rund um meinen Wahlkreis und das politische Berlin.
Herzlichst,

Lothar Binding

Die Krise als Ausrede Union und FDP besiegeln höchste Neuverschuldung

Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 sind im März mit der 2./3. Lesung zu Ende gegangen. Der Haushalt wurde Mitte Januar in den Bundestag eingebracht, die Fachausschüsse und der Haushaltsausschuss haben seither intensiv beraten – über mehr als 1.130 Anträge wurde abgestimmt.

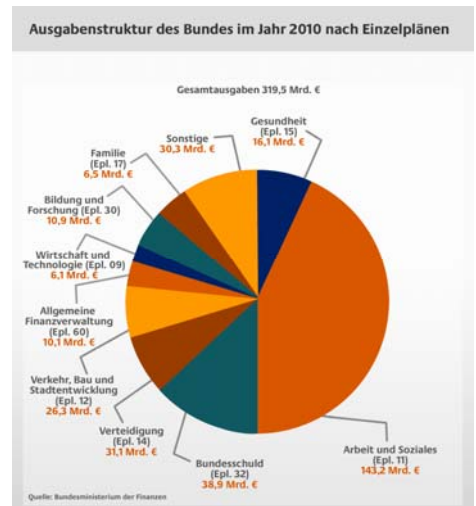
Für dieses Jahr ist allein für den Bund eine Neuverschuldung von 80,2 Mrd. Euro vorgesehen. Für 2010 sind 325,4 Mrd. Euro an Gesamtausgaben des Bundes eingeplant. Die Steuereinnahmen werden auf 211,9 Mrd. Euro, die sonstigen Einnahmen auf 27,7 Mrd. Euro geschätzt.

66,5 Mrd. Euro strukturelle Neuverschuldung

Von der Nettokreditaufnahme in Höhe von 80,2 Mrd. Euro, sind 66,5 Mrd. Euro strukturelle Neuverschuldung. Diese Zahl ist wichtig, da ab 2011 die neue Schuldenregel greift, nach der 2016 nur noch eine strukturelle Neuverschuldung des Bundes von 0,35% des BIP, also etwa 8 Mrd. Euro erlaubt ist. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen ab 2011 somit jedes Jahr zwischen 10 bis 15 Mrd. Euro eingespart werden.

Ein Teil dieser Rekordneuverschuldung ist der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet – das stimmt. Aber leider hat Schwarz-Gelb nicht die vorsichtige Haushaltsplanung von Peer Steinbrück genutzt, um die Neuverschuldung zu senken. Die Klientelpolitik und eine peinlich ungerechte Familienpolitik zum Hauptnutzen der hohen Einkommen haben die Neuverschuldung weit stärker als notwendig nach oben getrieben.

Was kommt in den nächsten Jahren auf uns zu?

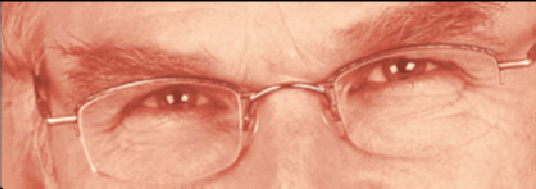


Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Bisher kann man die Regierung nicht an ihren Taten – Warten auf die Wahl in NRW – messen. Die Haushaltslage lässt Steuersenkungen nicht zu. Trotzdem werden wir durch unausgelegene und unbezahlbare Projekte einer Steuerreform und einer Kopfpauschale bedroht. Die Haushaltskonsolidierung scheint entgegen der Beteuerungen Schäubles und der schwarz-gelben Koalition kein ernsthaftes Ziel. Von den Kürzungen sozialer Leistungen ist allerdings hier und da schon die Rede, denn die im „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossenen Steuererleichterungen für Konzerne sind ja auch noch nicht gegenfinanziert.

Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Einzelplan 23)

Neben meiner Arbeit im Finanzausschuss des Bundestages bin ich auch „ständiger Vertreter“ im Haushaltsausschuss und deshalb mit einer eigenen Berichterstattung betraut. Bisher habe ich den Einzelplan für das Justizministe-



rium (BMJ) betreut, seit der letzten Bundestagswahl betreue ich für die SPD Fraktion den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Ich stehe in engem Kontakt mit dem Ministerium und arbeite für einen haushaltspolitisch tragfähigen Kompromiss im Spannungsfeld der fachlichen Anforderungen und den haushalterischen, also finanziellen Möglichkeiten bzw. Restriktionen.

Der Haushalt des BMZ beträgt in diesem Jahr 6,07 Milliarden Euro, das ist eine Steigerung von 256 Millionen Euro gegenüber dem Haushalt 2009. Mit dem zusätzlichen Geld wird vor allem das zivile Engagement in Afghanistan verstärkt.

Die Mittel sollen auch helfen, wenigstens einen Teil der Zusagen zum Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 sowie zum G8-Gipfel in L'Aquila im Juli 2009 für Klimaschutz und Ernährungssicherung in den Entwicklungsländern zu erfüllen. Zudem erhalten die Kirchen, politischen Stiftungen, entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen etwas mehr Geld. Sorgenvoll sehe ich erste Anzeichen einer Neuorientierung unserer Entwick-

lungspolitik in Richtung Militarisierung und Ökonomisierung. Nach bisherigen Erfahrungen ist nicht auszuschließen, dass auch hier die Wirtschaftsorientierung nichts anderes ist als Klientelpolitik.

Die Steigerung im Haushalt des BMZ darf auch nicht darüber hinweg täuschen, dass Deutschland trotz großer Versprechen seine Ziele bei der Entwicklungshilfe weit verfehlt und auf Rang 3 der größten Geberländer zurückfällt.

Damit beschädigt Entwicklungsminister Dirk Niebel unser bisheriges gute internationale Ansehen in der Entwicklungspolitik. Bei mehreren EU- und UN-Gipfel-treffen eingegangene Verpflichtung werden ignoriert. In einem ersten Schritt wurde noch vor wenigen Tagen erneut versprochen, bis 2010 für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger 0,51% des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung zu stellen, um schließlich 2015 0,7% des BIP zu erreichen.

Deutschland hat sich international verpflichtet, die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele zu unterstützen, insbesondere beim Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung, bei Genderfragen und bei guter Regierungsführung. Statt den Ärmsten der Armen zu helfen,

werden mehrere Milliarden Euro Haushaltsmittel für unsinnige Steuerergänzung an Hotelbesitzer, Erben großer Vermögen und an große Unternehmen verschwendet.

Ankündigung – Sprung – Bettvorleger: Kopfpauschale

Die groß angekündigte Reform im Gesundheitswesen mit Einführung der Kopfpauschale, neuerdings Kopfprämie, kommt – nicht.

Kopfprämie ist nicht finanzierbar

Bereits vor Wochen musste die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage kleinlaut erklären, dass ihr mit Steuern gedachtes Konzept der Kopfprämie nicht finanzierbar ist. Der Minister, der kürzlich in großen Worten seine politische Zukunft an der Einführung der Kopfprämie festgemacht hatte, verständigte sich nun mit der CDU auf einen „sanften“ Systemwechsel. So soll künftig nur ein Teil des bislang einkommensabhängigen Arbeitnehmerbeitrags durch eine Pauschale ersetzt werden, welche die Kassen festlegen.

Das schwarz-gelbe Modell wird immer verworrener. Es wird einmal mehr deutlich, wie weit die Außenflanken der Regierung mit den Forderungen von FDP und CSU auseinander liegen. Das Konzept des bayrischen Gesundheitsministers Söder sieht keine Pauschale, sondern einen einkommensabhängigen Beitrag vor. Herausgekommen scheint deshalb der nun verkündete schiefe

Kompromiss, der den Bundesgesundheitsminister im Regen stehen lässt.

Noch eine Kommission...

Die Details zum Umbau der Krankenkassenfinanzierung soll nun eine Re-



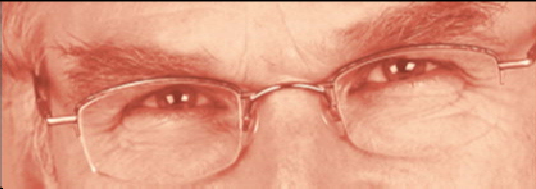
Quelle: Wikimedia

gierungskommission Gesundheit erarbeiten. Noch eine Kommission. Unter

anderem muss sie entscheiden, wie hoch die pauschale Teilprämie im Verhältnis zum einkommensabhängigen Arbeitnehmerbeitrag sein soll. Dabei ist zu befürchten, dass die Interessen der beitragszahlenden Patienten, die schließlich im Mittelpunkt einer sachgerechten Gesundheitspolitik stehen müssten, vernachlässigt werden. Wer nur auf seine Klientel schaut, sieht das Ganze nicht...

Beitragsatzserhöhung ist wahrscheinlich

Die Medien lassen uns wissen, dass die Regierung erwägt, den Beitragsatz der gesetzlichen Krankenversicherung noch in diesem Jahr zu erhöhen. Denn die Krankenkassen erwarten 2011 ein Defizit in Höhe von 15 Milliarden Euro, falls der derzeitige Beitragsatz von 14,9 Prozent nicht steigen wird. Dies würde zu erhöhten Kosten für die Versicherten führen, die auch schon in diesem Jahr Zusatzbeiträge leisten. Gesundheitsminister Rösler würde gut daran tun, wenn er die notwendigen Reformen insbesondere zur Stabilisierung des Beitrags der gesetzlich Versicherten zügig und mit Augenmaß angehen würde.



Schließlich bieten sich auf der Ausgabeite beispielsweise im Arzneimittelbereich und insbesondere durch die Förderung der Prävention genügend Einsparpotentiale. Jetzt rächt sich die zweimalige Ablehnung des Präventionsgesetzes durch CDU/CSU/FDP in den vergangenen Jahren.

FDP revidiert ihre Wahlversprechen

Auch an der weiteren Forderung der FDP nach Steuersenkungen lässt sich erkennen, dass diese Partei ihre Wahlversprechen revidieren muss. Viele Wählerinnen und Wähler füh-

len sich getäuscht – nicht weil hier ein unabwendbarer Kompromiss nach der Wahl etwas anderes erfordert als vor der Wahl versprochen wurde – nein, weil schon vor der Wahl unmögliches versprochen wurde.

Denn wer rigorose Steuersenkungen fordert, gleichzeitig aber u. a. mehr Steuern für die Gesundheit ausgeben will, ohne weitere Schulden zu machen, hat sich im besten Fall nur „verrechnet“.

Die „politisch-moralische Wende“ der Bundesregierung – Manche lernen es nie...

Union und FDP bezeichnen sich selbst gerne als „bürgerliche“ Parteien und nehmen damit Werte und Tugenden wie Anstand und Moral, Ehrlichkeit und Strebsamkeit, Bildung, kulturelles Interesse oder gesellschaftliches Engagement für sich in Anspruch. Damit wollen sie zugleich aber anderen Parteien solche Wertorientierungen absprechen. Wir können sicherlich darüber streiten, ob Begriffe wie „bürgerlich“, „kleinbürgerlich“ oder „großbürgerlich“ angemessen sind – Staatsbürger sind wir alle, auch wenn das manche Parteisoldaten in CDU oder FDP stören mag.

Man kann „bürgerliche Partei“ als historischen Begriff verwenden, der auf das gesellschaftliche Umfeld der Entstehung einer Partei in Abgrenzung zum aristokratisch-monarchischen Obrigkeitsstaat verweist; oder man kann – wie etwa Guido Westerwelle in bemerkenswerter Penetranz – mit diesem Begriff eine Rückbesinnung auf vermeintlich bürgerliche Tugenden einfordern und eine „politisch-moralische Wende“ auszurufen.

Eine neue Moral in der Politik: da war doch mal `was...?

Wer sich an die frühen Tage der Kanzlerschaft von Helmut Kohl erinnert, dem werden bei solchen Ankündigungen böse Erinnerungen kommen. Schon einmal sollte – unterstützt vom damaligen Wunschpartner FDP – eine „geistig-moralische Wende“ die Bundesrepublik tiefgreifend verändern; am Ende stand eine Parteispendenaffäre mit einem CDU-Ehrenvorsitzenden, dem sein „Ehrenwort“ mehr galt als das Grundgesetz, mit frei erfundenen jüdischen Vermächtnissen als Tarnung für geheime Schwarzgeldkonten in Hessen, mit der nie eingelösten Ankündigung „brutalmöglichster Aufklärung“ des immer noch amtierenden Ministerpräsident Roland Koch, mit einem heutigen Bundesfinanzminister Schäuble, der sich nicht mehr an die Annahme von Geldumschlägen mit 100.000 DM erinnern konnte. Und hat jemand vergessen, dass in der FDP mit Graf Lambsdorff sogar ein vorbestrafter Ehrenvorsitzender möglich war?

Und heute ... alles besser?

Welche „politisch-moralischen“ Ankerpunkte hat die konservativ-liberale Koalition seit ihrem Amtsantritt gesetzt?

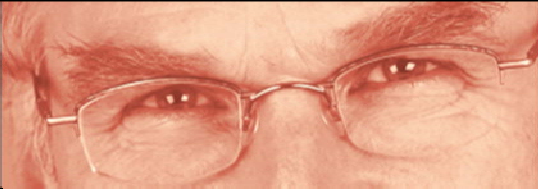


Die hessische CDU unterhielt in Liechtenstein unter dem Namen „Zaunkönig“ eine Stiftung mit Schwarzgeldern ungeklärter Herkunft
Quelle: Wikimedia Commons

Die Debatte der vergangenen Tage und Wochen wirft ein erschreckendes Licht auf das Politikverständnis der neuen Koalition.

Zur Erinnerung: FDP-Generalsekretär Lindner hat zu Berichten in verschiedenen Zeitungen und Fernsehsendungen über die undurchsichtige Zusammenstellung der Delegationen, die Bundesaußenminister Westerwelle auf seinen Auslandsreisen begleitet haben, erklärt:

„Wir müssen aufpassen, dass die Demokratie insgesamt nicht Schaden nimmt durch solche Vorwürfe, die da konstruiert werden.“ Und er ließ sich zu der Forderung nach einem „respektvollen Umgang von Demokraten miteinander“ hinreißen. Dazu gehörten auch „minimale Anstands-



regeln“. (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,683152,00.html>)

Angesichts dieser vorlauten und unverfrorenen Simulation staatsmännischer Seriosität und demokratischen Anstands verschlägt es einem zunächst einmal die Sprache:

- Will die FDP berechnete Fragen nach der Einflussnahme von Lobbyisten auf die Bundesregierung allen Ernstes mit dem Verweis auf politische „Knigge-Regeln“ abwehren?
- Hat die konservative Regierungskoalition unbemerkt den Straftatbestand der Majestätsbeleidigung wieder eingeführt?

Wer wie CDU/CSU/FDP das Ergebnis einer Bundestagswahl nutzt, um am Gemeinwohl vorbei seiner Klientel unverdiente und unberechtigte Steuervorteile zu verschaffen, und wer nicht nur dafür eine Rekordverschuldung von 100 Milliarden Euro in Kauf nimmt, ohne Rücksicht auf den sozialpolitischen Handlungsspielraum des Staates, der sollte sich nicht zum Anwalt von politischer Moral stilisieren. Bei dieser Politik bleiben Gerechtigkeit, Bildungschancen für alle und der Sozialstaat ebenso auf der Strecke wie Anstand und Moral. Christlich ist das nicht, und den alten Liberalen, denen der Rechtsstaat noch wichtig war, dürfte sich bei so viel „Liberalität“ der Magen umdrehen.

Einige Überlegungen zum Widerspruch zwischen Anspruch und Realität, der in den Bemerkungen der FDP aufscheint:

Nimmt die Demokratie Schaden, wenn Rundfunk und Zeitungen von ihrem grundgesetzlich geschützten Recht zu Aufklärung und kritischer Berichterstattung Gebrauch machen?

Verstößt das Aufklärungsinteresse der Öffentlichkeit gegen die „minimalen Anstandsregeln in der Demokratie insgesamt“?



Auch wenn manch ein Regierungsmitglied im Ausland gerne mal Uniform – oder zumindest Teile davon – trägt: Knigges Lehrbuch über den „Umgang mit Menschen“ ist zu dünn, als dass sich die Bundesregierung dahinter vor berechtigter Kritik verstecken könnte.
Quelle: wikimedia commons

Nein, die Demokratie nimmt Schaden, wenn Privates und Politisches ungeniert bis zur Unkenntlichkeit ineinander verschmiert werden; wenn Staatsämter unverfroren ausgenutzt werden, um persönliche Geschäftsbeziehungen, Männerfreundschaften und alte Seilschaften aus Oppositionszeiten zu bedienen; wenn der hervorragende Ruf unserer Bundesministerien durch den Missbrauch politischer Führungsämter für dreiste Günstlingswirtschaft Schaden nimmt.

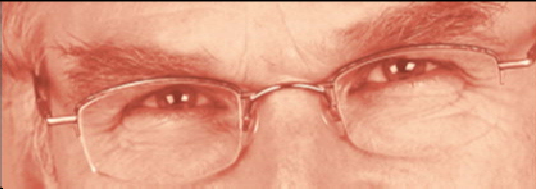
Verletzt es „politische Anstandsregeln“, wenn die Opposition im Bundestag ihrer ursprünglichen demokratisch-parlamentarischen Aufgabe nachkommt und der Bundesregierung – in deutlichen, teils auch scharfen Worten – den Spiegel ihrer Fehltritte und Verstöße vorhält?

Nein, die Demokratie nimmt Schaden, wenn Menschen, die auf die Unterstützung unseres Sozialstaats angewiesen sind, beleidigt werden; wenn nach dem Motto „Das wird man doch mal sagen dürfen!“ geist- und verantwortungslose Provokationen als „Diskussionsbeiträge“ verkleidet werden; wenn Populismus und Diskriminierung derjenigen, die sich schlecht wehren können, zum neuen Stil der politisch-moralischen Wende werden sollen.

Nimmt die Demokratie Schaden, wenn Bürgerinnen und Bürger – der demokratische Souverän – Rechenschaft von ihren gewählten Vertretern verlangen, die ihren Interessen in der Welt Gesicht und Stimme verleihen?

Nein, die Demokratie nimmt Schaden, wenn eine neu bestellte Regierung ungeführt wichtige Wahlversprechen bricht und schamlos die eigene Klientel von Hoteliers, Großunternehmen, reichen Erben oder Steuerflüchtlingen bedient. Der Schaden entsteht nicht daraus, dass Regierungshandeln in einer Koalition Kompromisse zwingend erforderlich macht, die von den Versprechen vor der Wahl abweichen. Nein, der Schaden entsteht, wenn diese Kompromisse auf Kosten der Allgemeinheit geschlossen werden, also etwa zulasten von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, von Familien mit Kindern, von Handwerksbetrieben und kleinen und mittelständischen Unternehmen, von Städten und Gemeinden, von Schülern und Studenten...

Diese Zusammenhänge sind mehr als eine Frage „politischer Anstandsregeln“...



Editorial

In dieser Ausgabe des Newsletter finden Sie erstmals ein Interview „Zur Person“, in dem diesmal Prof. M. Rainer Lepsius, der große alte Mann der deutschen Soziologie, vorgestellt wird. Lepsius ist nicht nur ein weltweit prominenter Wissenschaftler, er lebt und arbeitet im Wahlkreis Heidelberg-Weinheim, war verheiratet mit der im Jahre 2004 verstorbenen, langjährigen Bundestagsabgeordneten Renate Lepsius und ist seit über 40 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

„Zur Person“ stellt Mitglieder, Wählerinnen oder Wähler, Sympathisantinnen oder Sympathisanten vor, aber auch Personen, die Fragen an die SPD richten, ohne ihr nahe zu stehen zu müssen. Die neue Reihe will zeigen, welche interessante Persönlichkeiten, wie viel Erfahrung, welches tief liegende Wissen unsere Region zu bieten hat.

Ich freue mich, dass Dr. Adalbert Knapp, ehemals Leiter der Volkshochschule Weinheim, diese Interviewreihe angeregt hat und auch betreuen wird.

Viel Freude und Gewinn bei der Lektüre,

Ihr

Lothar Binding

Zur Person M. Rainer Lepsius

M. Rainer Lepsius wurde am 8. Mai 1928 in Rio de Janeiro/Brasilien geboren.

Nach dem Diplomexamen für Volkswirte promovierte er 1955 an der Universität München zum Dr. oec. publ., war 1955 -1956 Fulbright Stipendiat an der Columbia University New York, USA, 1957-1963 Wiss. Assistent am Institut für Soziologie der Universität München, wo er sich 1963 habilitierte.

Von 1963-1981 war er Ordinarius für Soziologie an der Universität Mannheim und wechselte 1981 an die Universität Heidelberg, an der er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1993 lehrte.

1971-1974 war Lepsius Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; seit 1977 ist er Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, seit 1992 korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, seit 1997 Außerordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und seit 2004 ausländisches Mitglied der Accademia delle Scienze di Torino.

Adalbert Knapp: Herr Professor Lepsius, wann sind Sie in die SPD eingetreten?

M. Rainer Lepsius: Meine Frau war schon seit Mitte der 50er Jahre in der SPD, ich hatte in der Regel SPD gewählt, aber erst 1968 trat ich bei.

Der wichtigste Grund war, dass ich meinte, die SPD als Bollwerk gegen neomarxistische Tendenzen unterstützen zu müssen.

A.K.: Marx ist nicht Ihr Soziologe?

R.L.: Ich halte nichts von Geschichtsphilosophie, ich bin ein empirischer Soziologe und will wissen, wovon und worüber ich rede. Marx war Geschichtsphilosoph und auch die Neomarxisten unter den Professoren und den Studierenden schienen mir etwas fern der Realität.

A.K.: Sie sind in Rio de Janeiro geboren, Ihr Vater war dort Repräsentant deutscher Firmen, und wuchsen seit Ihrem achten Lebensjahr in München auf. Es waren bewegte Jahre!

R.L.: Meine Familie war antinationalsozialistisch, insofern war ich nie „gefährdet“, an den „Führer“ zu glauben, auch wenn ich natürlich in der Hitlerjugend war. Wissen Sie: In München wusste man zu unterscheiden, wen man besser mit „Heil Hitler“ grüßte und wen mit „Grüß Gott!“, trotz „Hauptstadt der Bewegung“. Der 8. Mai war für mich ein Tag der Befreiung.

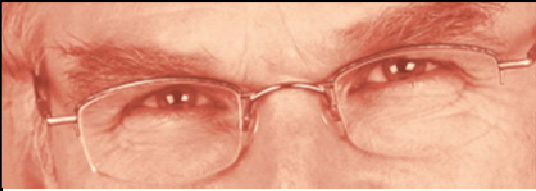
A.K.: Sie entschlossen sich, Volkswirtschaftslehre zu studieren.

R.L.: Nach der Währungsreform musste das Studium schnell gehen, damals in sechs Semestern; Jura dauerte mir zu lange. Andererseits begann ich, mich für Soziologie zu interessieren und bin nach dem VWL-Diplom dabei geblieben.

A.K.: Was war der Grund dafür?



R.L.: Soziologie bedeutete für mich Öffnung zur Realität, intellektuelle Befreiung aus den „Wesenserkundungen“ des deutschen Geistes, die in der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden“-Ideologie ihre Perversion erlebt hatte.



A.K.: Eines Ihrer wissenschaftlichen Interessengebiete waren und sind Institutionen. Warum?

R.L.: Institutionen vermitteln zwischen Ideen und Interessen, strukturieren Ideen zu Verhalten, formieren Interessen zu Programmen. Demokratie ist ein Prozess des Ausgleichs von Interessen und Ideen.

R.L.: Institutionen vermitteln zwischen Ideen und Interessen, strukturieren Ideen zu Verhalten, formieren Interessen zu Programmen. Demokratie ist ein Prozess des Ausgleichs von Interessen und Ideen. Dafür sind geregelte Abläufe notwendig. Aus meiner Sicht wird die Bedeutung von Institutionen als Instrumente der rationalen Konfliktregelung oft unterschätzt. Selbstverständlich gehört in der Demokratie zur Institution auch deren mögliche und zuweilen notwendige Veränderung. Institutionen sind dynamische Ordnungsfaktoren.

A.K.: Das Bürgertum, insbesondere das Bildungsbürgertum, ist ein weiteres Ihrer wissenschaftlichen Themen.

R.L.: Das Bildungsbürgertum war eine Erscheinung, die es so nur im Deutschland des 19. Jahrhunderts gab, vorwiegend protestantisch, neuhumanistisch orientiert. Mich hat sehr der sozial- und weniger der geistesgeschichtliche Aspekt beschäftigt. Heute ist dieses Bildungsbürgertum nicht mehr strukturell, seine Aufgabe der Bildungsvermittlung ist inzwischen breiter organisiert.

A.K.: Sie entstammen selbst einer bildungsbürgerlichen Familie?

R.L.: Das ist so und nachdem das ehrenwerte Leute waren, erfülle ich gerne die Verpflichtung, mich um die Familiengeschichte zu kümmern.

A.K.: Was bedeutet „Moderne“ für Sie?

R.L.: Die Moderne ist aus meiner Sicht durch zwei Elemente gekennzeichnet: durch kapitalistisch-effizientes Wirtschaften und demokratisch legitimierte politische Ordnungen. Die Frage ist, ob beides immer parallel verläuft und ob sich beides bedingt und inwieweit Politik heute den entfesselten wirtschaftlichen Prozess zu steuern in der Lage ist.

A.K.: Sie sind mit der Bundesrepublik Deutschland erwachsen geworden. Diese Bundesrepublik hat Sie immer sehr beschäftigt.

R.L.: Die Bundesrepublik Deutschland ist für mich nach dem Kriegsergebnis und angesichts des Völkermordes an den Juden ein Wunder, ein allgemeines Wunder, nicht nur ein Wirtschaftswunder. Die DDR erschien mir hingegen als ein zweiter Versuch, eine „Räterepublik“ zu begründen. Der Westen knüpfte an das demokratische Weimar an. Es waren deren demokratische Gestaltungskräfte und auch deren „Personal“, die in der jungen Bundesrepublik wirksam waren, und dabei galt es, immer ganz genau darüber zu wachen und sich darum zu kümmern, dass sich die „richtigen“ Kräfte durchsetzen.

A.K.: Können Sie mit dem Begriff des „Verfassungspatriotismus“ etwas anfangen?

R.L.: Ich finde diesen Begriff, wie ihn Dolf Sternberger erstmals gebraucht hat, sehr hilfreich. Worauf konnte sich die Bundesrepublik beziehen? Die deutsche Nation war geteilt, ihre Tradition diskreditiert, der Bezugspunkt konnte nur die neue demokratische Verfassung sein.

Die Fortsetzung des Gesprächs finden Sie auf meiner Homepage in der Rubrik Aktuelles - Newsletter.

Dann geht es um die deutsche Einheit, Europa, sozialdemokratische Kanzler, die derzeitige Lage der SPD und auch um die derzeitige Kanzlerin.

Wollen Sie mehr über M. Rainer Lepsius erfahren? In diesem Buch, 2008 bei Campus erschienen, ist das möglich:

Adalbert Hepp, Martina Löw (Hg.)
„M. Rainer Lepsius
Soziologie als Profession“
178 Seiten, EUR 16,90
ISBN 978-3-593-38322-4

Fortsetzung des zweiten Teil des Interviews

A.K. Was bedeutet die deutsche Vereinigung für Sie?

R.L. Mir war immer klar, dass die deutsche Teilung nicht von Dauer sein kann. Für mich gab es keinen plausiblen Grund dafür, dass die DDR Bestand haben sollte. Sie war ein Geschöpf der Sowjetunion und ruhte auf deren Vormacht.

Die Ansicht, dass die Teilung eine historische Strafe sei, habe ich nie geteilt. Dass die Einheit 1989/90 kam, war dennoch völlig unerwartet. Meine Frau und ich haben sie uneingeschränkt begrüßt. Meine Frau hat sich nach 1990 darum bemüht, die Kunst aus der früheren DDR in die "alten"

Bundesländer zu bringen. Und ich habe mich gerne an der Reorganisation der Sozialwissenschaften dort beteiligt.

A.K. "Identitätsstiftung durch eine europäische Verfassung" ist ein Aufsatz von Ihnen aus dem Jahr 2006 überschrieben. Was ist Europa?

R.L. Ein Prozess, für den es keine historische Analogie gibt. Es ist eine Idee, und es sind Interessen und inzwischen eine Realität, die sich beständig fortentwickelt. Getragen wird dieser Prozess von selbständigen Staaten, die ein Rechtsgefüge "produzieren", das sie verbindet. Und weil das Ganze postnational, also den Nationalismus überwindend ist, gehört der Idee die Zukunft. Das bedeutet aus meiner Sicht z.B., dass der Beitritt der Türkei keine primär ökonomische oder religiöse Frage ist, sondern eine politische Entscheidung über die Frage, in welcher Europäischen Union wir leben wollen.

A.K. Zeit Ihres wissenschaftlichen Lebens hat Sie die Soziologie als Wissenschaft interessiert.

R.L. Soziologie ist angewandte Aufklärung. Ich habe das schon erwähnt. Die Tradition des Metaphysischen und der ontologischen Ordnungsbegriffe halte ich für die Organisation einer demokratischen Gesellschaft für nicht hilfreich. Soziologie hilft, bestehende Konflikte zu erkennen und rational zu regeln.

A.K. Es gibt auch andere Auffassungen von Soziologie.

R.L. Ja natürlich, das war ein Grund für den sogenannten Positivismusstreit. Es ging dabei um die Frage, ob die Soziologie eine Variante neomarxistischer Geschichtsphilosophie sei oder eine empirische, also nicht spekulative Wissenschaft. Darum ging der Streit mit Adorno, Horkheimer und anderen.

A.K. Wer hat gewonnen?

R.L. Das ist praktisch entschieden worden. Weil die Meinungsforschung immer wichtiger wurde, ist heute die empirische Soziologie vorherrschend.

A.K. Diese Auseinandersetzung prägte, zumindest teilweise, auch die 68er. Was ist davon geblieben?

R.L. Soweit es ein neomarxistischer Regress war, haben die 68er keine Bedeutung mehr. Soweit es eine emanzipatorische Kulturbewegung war, hatten sie starke Auswirkungen auf das Verhalten und auch auf die Institutionen. Viele ihrer Forderungen, z.B. im Hinblick auf die rechtliche Stellung der Frau, sind verwirklicht worden und heute selbstverständlich.

A.K. Und wie war das an den Universitäten?

R.L. Die politischen Kräfte haben damals die Austragung der Konflikte in die Universitäten abgedrängt und deren Institutionen unzweckmäßig umfunktioniert. Sie haben damit die Universitäten den radikalen Kräften geöffnet. Wir konnten daraufhin fast 10 Jahre nicht ordentlich arbeiten.

A.K. Sie geben die Gesamtausgabe der Werke von Max Weber heraus.

R.L. Max Weber ist der Begründer der modernen Soziologie und hat noch heute einen prägenden Einfluss auf die Soziologie und angrenzende Wissensgebiete. Sein Werk ist bisher nur fragmentiert veröffentlicht worden. Die Edition hat das Ziel, der Rezeption und Interpretation des Werkes eine einheitliche Basis zu geben und damit seine Wirkung zu verbreitern.

A.K. Sie waren nicht nur Forscher, sondern auch Lehrer.

R.L. Ich habe immer gerne unterrichtet, obwohl es schwierig und anstrengend war. Geographie zu unterrichten stelle ich mir leichter vor: Ein Berg ist ein Berg und ein Tal ein Tal. In der Soziologie geht es immer auch um Fragen der Sozialmoral, und da wird es bei aller Empirie immer kompliziert.

A.K. Was verstehen Sie unter Sozialmoral?

R.L. Jede soziale Tatsache verbindet sich mit politischen und moralischen Bewertungen. Soziologie hat deswegen immer eine sozialmoralische Relevanz, der sie sich nicht entziehen kann.

A.K. Sie hatten in den Jahren 1972 bis 1987 durch die Mitgliedschaft Ihrer Frau im Deutschen Bundestag die hohe Politik im Wohnzimmer.

Wie hat sich das für Sie ausgewirkt?

R.L. Die Inhaberin eines öffentlichen politischen Amtes bedarf eines Gesprächspartners, der die Sicherheit für einen privaten Gedankenaustausch bietet. Und dabei habe ich das Innenleben der Politik und auch die nicht einfachen Aufgaben einer Bundestagsabgeordneten kennen gelernt.

A.K. Sie haben in dieser Zeit zwei Bundeskanzler der SPD "erlebt"?

R.L. Für mich ist Helmut Schmidt das Beispiel eines idealen Bundeskanzlers, und diese Einschätzung bestätigt sich bis heute für mich mit jedem seiner Interviews. Ich bin immer wieder fasziniert von seiner Klarheit, Entschiedenheit, seinem zielorientierten Pragmatismus, stimme mit seiner Ablehnung geschichtsphilosophischer Spekulationen völlig überein.

A.K. Von 1998 bis 2005 war ein anderer Sozialdemokrat Bundeskanzler.

R.L. Ja, Gerhard Schröder. Er hatte die richtige Einsicht, dass der Sozialstaat nicht dauerhaft finanziert werden kann. Nachdem er die erste Legislaturperiode zur Bearbeitung dieses Problems nicht genutzt hat, wurde ihm die Zeit zu kurz. Er hat mit der Agenda 2010 zwar das Richtige in Gang gebracht, wollte es aber von oben nach unten durchsetzen. Das konnte so kaum gelingen und hatte etwas Hasardeurhaftes und möglicherweise auch mit Selbstüberschätzung zu tun.

A.K. Und wie sieht das für Sie heute aus?

R.L. Schröder hat die Probleme benannt, heute spielt Merkel in der allgemeinen Beschweigungskultur die Rolle der "Mutti", die alles versteht und alles vertagt. Da wirkt ein Westerwelle, auch wenn er Falsches sagt, geradezu belebend.

Zu Schröder noch mal: Natürlich war es auch eine große Leistung, wie er in der Frage des Irakkrieges agiert hat; ebenso ist es mit seiner Politik gegenüber Russland, die Merkel als außenpolitische Realpolitikerin weiterführt. Auf dem Balkan ist es offensichtlich nicht gelungen, einen Vielvölkerstaat zu einer demokratischen Konföderation umzubauen, weil sich dieser Umbau mit ethnischen Problemen verbunden hat, die emotionale Energien freigesetzt haben, die nicht strukturiert werden konnten.

A.K. Die SPD hatte im September letzten Jahres ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949. Hat sie ausgedient?

R.L. Nein. Sie ist die politische Partei in Deutschland, die durch ihre Geschichte nicht kompromittiert ist. Das ist ein hohes Gut. Sie ist die Partei der Demokratie und der Menschen- und Bürgerrechte vom Kaiserreich über 1918/19, Weimar bis in die alte und neue Bundesrepublik Deutschland.

Und sie war immer auch die Partei derer, die allein zu schwach waren, ihre Interessen durchzusetzen. Heute geht es darum, dass dieser Demokratie nicht ein Teil der Bevölkerung entgleitet, es mögen mehr als 15 Prozent von nicht nur materiell Ausgegrenzten sein. An deren Integration und damit am gesellschaftlichen Zusammenhalt im Ganzen muss die SPD mit ihrer Tradition des sozialen Ausgleichs arbeiten.

A.K. Herr Professor Lepsius, vielen Dank für das Interview!